

**Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin
IV. Wahlperiode**

Dringlichkeitsantrag Aktueller Initiator: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Briest Urbatsch Bertermann Fraktion der Piraten Freitag Ursprungsdrucksachenart: Dringlichkeitsantrag, Ursprungsinitiator: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Bertermann	Drucksachen-Nr: 1720/IV Ursprungs-Datum: 16.10.2014 Aktuelles Datum:		
Studie "Wohnungsbaupotentiale in Mitte" öffentlich machen			
Beratungsfolge:			
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Ergebnis</i>
16.10.2014	BVV Mitte	BVV-M/0033/IV	

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Studie „Wohnungsbaupotentiale in Mitte“, auf der Website des Bezirksamtes Mitte öffentlich einzustellen.

Begründung:

Das Stadtplanungsamt Mitte hat eine Studie „Wohnungsbaupotentiale in Mitte“ erarbeiten lassen, deren Ergebnisse in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne am 24.9.2014 vorgestellt wurden.

Anlass der Studie war:

- Voraussetzungen für 30.000 neue Wohnungen im Land Berlin schaffen
- Orientierungsrahmen für die Wohnungsentwicklung bis 2020/2025
- Ergänzung/ Konkretisierung des Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) auf bezirklicher Ebene

Ziel der Studie war:

- Wohnungsbaupotentiale im Bezirk Mitte aufzeigen
- Abschätzung der Folgebedarfe für Infrastruktur
- Potenzialstandorte in Hinblick auf die Realisierbarkeit untersuchen
- Darstellung des möglichen zeitlichen Realisierungshorizonts

Im Ergebnis der Sitzung wurde der zuständige Bezirksstadtrat gebeten, zu prüfen, ob die Studie den Bezirksverordneten zur Verfügung gestellt werden kann. Am gestrigen Tag wurde der Ausschussvorsitzende über das Büro des Bezirksstadtrates darüber informiert, dass eine Übermittlung der Studie nicht erfolgen kann, sondern dass die Bezirksverordneten lediglich im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung nach § 11, Abs. 2 BezVG in Einzelfällen die Möglichkeit haben, Einsicht in die Studie zu nehmen. Begründet wurde diese Auffassung damit, dass es sich bei der Studie um ein Arbeitspapier für die Verwaltung handelt und diese nur der verwaltungsinternen Abstimmung dient.

Vor dem Hintergrund des öffentlichen Interesses und der bestehenden öffentlichen Diskussion um Wohnungsneubauvorhaben in Berlin und insbesondere in Mitte, ist diese Haltung in keiner Weise gerechtfertigt, zumal nicht nachvollziehbar ist, welche zwingenden datenschutzrechtlichen Gründe einer Information der Öffentlichkeit entgegenstehen.

Ergebnis

- beschlossen
- beschlossen mit Änderung
- abgelehnt / i.d. Sache erl.
- zurückgezogen
- überwiesen in den _____

_____ (federführend)